



22. November 2004

Anlage D
zum Ergänzenden Bericht
des Ausschusses 4 (Grundrechtskatalog)

ZUSAMMENSTELLUNG DER IN GELTUNG
STEHENDEN REGELUNGEN IN BUNDES-
VERFASSUNGSRECHTLICHER FORM

1. TEIL BUNDESVERFASSUNGSGESETZE
2. TEIL VERFASSUNGSBESTIMMUNGEN IN
BUNDESGESETZEN UND

***ÖSTERREICH-KONVENT
AUSSCHUSSBERICHT DES AUSSCHUSSES 2
ERGEBNISSE SORTIERT***

An Ausschuss 04

In der Spalte "Typ" verwendete Abkürzungen:

- bvg Bundesverfassungsgesetz
vfb Verfassungsbestimmungen in Bundesgesetzen

In der Spalte „Stammfassung“ (StF) verwendeter *Kursivdruck* zeigt an, dass in der Stammfassung des Bundesgesetzes die jeweilige Verfassungsbestimmung noch nicht enthalten war.

Österreich-Konvent
Ausschuss 2

Ergebnisse

Erläuterungen zum Tabellenteil

Die Erarbeitung des aus zwei Einheiten bestehenden Tabellenteils erfolgte auf Basis der von Mag. Andrea Martin über Auftrag des Konvents besorgten Zusammenstellung der in Geltung stehenden Regelungen in bundesverfassungsrechtlicher Form (Stand 1. Jänner 2004)

Die Rechtsnormen wurden von der Bearbeiterin in drei Teilen erfasst:

I.) Bundesverfassungsgesetze

II.) Verfassungsbestimmungen in Bundesgesetzen und Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG

III.) Verfassungsrangige Staatsverträge und Verfassungsbestimmungen in Staatsverträgen

Zur Arbeit im Ausschuss standen daher gemäß I.) bis III.) umfangreiche Datenblätter zur Verfügung (Format A 3-quer), anhand derer Norm für Norm besprochen wurde. Es waren - dem erteilten Mandat gemäß - Vorschläge für das künftige rechtliche Schicksal der einzelnen Normen zu erarbeiten.

Der vorliegende Tabellenteil kann auch in elektronischer Form bezogen werden (für Suchläufe und Anwendung von Datenbankfunktionen).

Die Ordnung des Materials:Inhalte der Spalten:

1. Spalte = Laufende Zahl (durch die weiter unten besprochene Sortierung hier nicht mehr fortlaufend; im Tabellenteil I teilweise doppelt, je nachdem ob bvg oder vfb; bei bvg nicht pro Bestimmung, sondern pro Gesetz vergeben)
2. Spalte = Sigel für Typen
 - bvg = Bundesverfassungsgesetze
 - vfb=Verfassungsbestimmungen in Bundesgesetzen
 - stv = verfassungsrangiger Staatsvertrag
 - vfbstv = Verfassungsbestimmung in Staatsvertrag
 - vfb15a = Verfassungsbestimmung in Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG
3. Spalte = Titel des Bundes(verfassungs)gesetzes, des Staatsvertrages bzw. der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG
4. Spalte = Stammfassung (Gesetzblatt-Nummer);
In der Spalte „Stammfassung“ (StF) verwendeter *Kursivdruck* zeigt an,
dass in der Stammfassung des Bundesgesetzes / des Staatsvertrages die jeweilige
Verfassungsbestimmung noch nicht enthalten war.
5. Spalte = §/Art : Behandelte Bestimmung
6. Spalte= Novellen (Gesetzblatt-Nummer)
7. Spalte = Regelungsinhalt in knapper Form
8. Spalte = Gefundener Konsens. Hier werden Kurzsigel angeführt (siehe eigenes Blatt für die Legende).
9. Spalte = Anmerkungen aus den Sitzungen des Ausschusses 2

Sortierung des Materials:

1. Sortierkriterium: nach Spalte 8, Gefundener Konsens.

Die konsensualen Vorschläge lassen sich in zwei große Gruppen unterteilen. Wenn der Ausschuss 2 zur Auffassung kam, dass die zu behandelnde Norm materiell von einem anderen Ausschuss des Konvents (mit) zu behandeln wäre, wurde die Zuweisung an diesen Ausschuss vorgeschlagen (A01 ; A03 bis A10). Die zweite Gruppe betrifft Normen, von denen der Ausschuss 2 der Meinung war, er könnte ohne weitere Einbindung eines anderen Ausschusses Vorschläge erstellen [„Gruppe F...“ oder Übernahme in das Übergangsrecht (Verfassungsbegleitgesetz) oder als Verfassungstrabant – siehe Legendenblatt].

2. Sortierkriterium:

Teil I: nach Spalte 2 (Typ: Bundesverfassungsgesetze oder Verfassungsbestimmungen in Bundesgesetzen)

Teil II: nach Spalte 1, fortlaufende Zählung

Durch diese Sortierung ist gewährleistet, dass die vorgeschlagene Zuweisung an andere Ausschüsse beziehungsweise die zusammengehörenden rechtstechnischen Vorschläge übersichtlich und blockweise zur Verfügung stehen.

<p>1. Fallgruppe: An den inhaltlich kompetenten Ausschuss mit der Bitte um Bedenken bzw. materieller Prüfung vor der Empfehlung einer allfälligen Aufhebung / weiteren Behandlung durch Ausschuss 2.</p> <p>In der nachstehenden Tabelle werden folgende Sigel verwendet:</p>	<p>3. Fall: Weiterbestand als Trabant, spezielles Verfassungsrecht o.ä. Sigel = Trabant</p> <p>4. Fall: Befassung des Präsidiums Sigel = Präs.</p> <p>5. Fall: Befassung anderer Institutionen Sigel= Sond.</p> <p>6. Fall: Herstellung eines Konnexes zu anderen Normen, gemeinsame Behandlung Sigel= KoXXX</p> <p>7. Fall: Bleibt im Verfassungsrang / Verfassungsurkunde Sigel=F_07</p> <p>8. Fall: Übernahme in Verfassungsüberleitungsgesetz /Vfbegleitgesetz Sigel= Ü</p> <p>9. Fall: Zurückstellung für genauere Untersuchung Sigel= Zurückstellung_Untersuchung</p> <p>10. Fall: Absicherungsgesetz Sigel= Absich</p> <p>Die Vermeidung von Absicherungsgesetzen liegt im Kernbereich der Aufgabe dieser Verfassungsreform, daher wird die Aufhebung dieser Normen vorgeschlagen. Soweit darin generelle Anliegen zum Ausdruck kommen, empfiehlt es sich, eine allgemeine Ermächtigung zu schaffen und nicht die konkrete Regelung (z.B. Endbesteuerung) in den Verfassungsrang zu setzen.</p> <p>11. Fall: Entkleidung des Verfassungsranges Sigel = F_11</p> <p>12. Fall: Obsolet (Staatsverträge) Sigel = F_21</p>																		
<table border="0"> <tr> <td>A_01</td> <td>An den Ausschuss 1 – Staatsaufgaben und Staatsziele</td> </tr> <tr> <td>A_03</td> <td>An den Ausschuss 3 – Staatliche Institutionen</td> </tr> <tr> <td>A_04</td> <td>An den Ausschuss 4 – Grundrechtskatalog</td> </tr> <tr> <td>A_05</td> <td>An den Ausschuss 5 – Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden</td> </tr> <tr> <td>A_06</td> <td>An den Ausschuss 6 – Reform der Verwaltung</td> </tr> <tr> <td>A_07</td> <td>An den Ausschuss 7 – Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen</td> </tr> <tr> <td>A_08</td> <td>An den Ausschuss 8 – Demokratische Kontrollen</td> </tr> <tr> <td>A_09</td> <td>An den Ausschuss 9 – Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit</td> </tr> <tr> <td>A_10</td> <td>An den Ausschuss 10 – Finanzverfassung</td> </tr> </table>	A_01	An den Ausschuss 1 – Staatsaufgaben und Staatsziele	A_03	An den Ausschuss 3 – Staatliche Institutionen	A_04	An den Ausschuss 4 – Grundrechtskatalog	A_05	An den Ausschuss 5 – Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	A_06	An den Ausschuss 6 – Reform der Verwaltung	A_07	An den Ausschuss 7 – Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen	A_08	An den Ausschuss 8 – Demokratische Kontrollen	A_09	An den Ausschuss 9 – Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit	A_10	An den Ausschuss 10 – Finanzverfassung	
A_01	An den Ausschuss 1 – Staatsaufgaben und Staatsziele																		
A_03	An den Ausschuss 3 – Staatliche Institutionen																		
A_04	An den Ausschuss 4 – Grundrechtskatalog																		
A_05	An den Ausschuss 5 – Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden																		
A_06	An den Ausschuss 6 – Reform der Verwaltung																		
A_07	An den Ausschuss 7 – Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen																		
A_08	An den Ausschuss 8 – Demokratische Kontrollen																		
A_09	An den Ausschuss 9 – Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit																		
A_10	An den Ausschuss 10 – Finanzverfassung																		
<p>2. Fallgruppe: Die Norm ist im Sinne <i>einer weiten Definition</i> gegenstandslos. Hier werden während der Sichtung des Materials – unbeschadet der noch offenen Möglichkeit, generelle Formulierungen zu finden - vier mögliche Fallgruppen präzisiert:</p>																			
<p>F_01 Bloße Derogationsnorm, gehört nicht mehr dem Rechtsbestand an, weil sie ihren normativen Gehalt mit der Außerkraftsetzung der aufgehobenen Norm erschöpft haben - nichts zu veranlassen.</p> <p>F_02 Wird als gegenstandslos geworden festgestellt und gilt nicht mehr.</p> <p>F_03 Rezipierende (In Kraft-setzende; einordnende) Norm wird gegenstandslos geworden erklärt ("ist konsumiert"); die Geltung der rezipierten (in Kraft gesetzten, eingeordneten) Norm bleibt davon unberührt.</p> <p>F_04 Es wird die Aufhebung vorgeschlagen.</p>																			

Lfd Z	Typ	Titel	StF	§/Art	Novellen	Regelungsinhalt	Konsens	Ausschuss 2: Anmerkungen aus den Sitzungen
60	vfb	BG v 2. Juli 1975 über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien (Parteiengesetz - PartG)	1975/404	Art I § 1	1984/538 (Abs 5 neu)	Existenz, Aufgaben und Bildung politischer Parteien, Satzung (Abs 1-4); Spenden (Abs 5)	A03 A04	
1	bvg	Gesetz v 27. October 1862 zum Schutze des Hausrechtes	1862/88	§§ 1 bis 6	1920/1 1958/129 1974/422	Hausrecht	A04	
2	bvg	StGG v 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder	1867/142	Art 2 bis Art 19 (mit Art 10a und 17a)	1920/1 1920/303 1974/8 1982/262 1988/684	Grundrechte	A04	
3	bvg	Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung v 30. Oktober 1918	1918/3	Z 1 bis 3	1920/1	Wiederherstellung der Zensur-, vollen Presse- sowie Vereins- und Versammlungsfreiheit	A04	
6	bvg	Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye v 10. September 1919	1920/303	III. Teil, Abschn V (Art 62 bis 69)		Minderheitenschutz	A04	
36	bvg	BVG v 3. Juli 1973 zur Durchführung des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung	1973/390	Art I bis III		Art I Abs 1 - Verbot der Diskriminierung; "Gleichheitssatz für Fremde untereinander"; Art I Abs 2 - Zulässigkeit der Einräumung/ Auferlegung besonderer Rechte/ Verpflichtungen an österreichische Staatsbürger; Art II - Unberührt-Bleiben des HabsbG und des Art 60 Abs 3 B-VG; Art III - Vollzugsklausel (BReg)	A04	Vgl Art 1 und 2 des Übereinkommens BGBl 1972/377, zu dessen Durchführung das BVG erlassen wurde
39	bvg	BVG v 10. Juli 1974 über die Sicherung der Unabhängigkeit des österreichischen Rundfunks	1974/396	Art I und II		Art I - Sicherung der Objektivität und Unabhängigkeit des Rundfunks; Art II - Vollzugsklausel (BReg)	A04	
59	bvg	BVG v 29. November 1988 über den Schutz der persönlichen Freiheit	1988/684	Art 1 bis 8		persönliche Freiheit	A04	

Lfd Z	Typ	Titel	StF	§/Art	Novellen	Regelungsinhalt	Konsens	Ausschuss 2: Anmerkungen aus den Sitzungen
67	bvg	BVG über unterschiedliche Altersgrenzen von männlichen und weiblichen Sozialversicherten	1992/832	§§ 1 bis 5		§ 1 - Deckung für unterschiedliches Pensionsalter; §§ 2 und 3 Anhebung der Altersgrenze für weibliche Sozialversicherte; § 4 In- und Außer-Kraft-Treten; § 5 Vollzugsklausel (BReg)	A04	Absicherungsgesetz oder bewusste Durchbrechung des Gleichheitsgrundsatzes?; EU-Recht. Außer-Kraft-Treten bereits festgelegt (§ 4) - Konsens: A02 schlägt ÜGR vor, falls A04 die Regelung der Sache nach beibehalten will. Kein Trabant.
5	vfb	BG v 5. Juli 1950 über die Vornahme von Volkszählungen (Volkszählungsgesetz)	1950/159	§ 11 Abs 1	1976/398	geheime Erhebung der Muttersprache	A04	Gesetz wurde mit Ausnahme der Vfbestimmung des 11 Abs 1 aufgehoben. Ausschuss 4 sollte die Frage behandeln, ob im Fall der Einführung einer Minderheitenfeststellung bestimmte Vorkehrungen für die Geheimhaltung(splicht) erforderlich sind.
17	vfb	BG v 19. März 1959, womit für das Bundesland Kärnten Vorschriften zur Durchführung der Minderheiten-Schulbestimmungen des Österreichischen Staatsvertrages getroffen werden (Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten).	1959/101	Art I §§ 7 und 8	1990/420 (§ 7)	Recht auf slowenische Unterrichtssprache (§ 7); Deutsch als Pflichtgegenstand (§ 8)	A04	
22	vfb	BG v 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960)	1960/159	§ 5 Abs 6	1994/518 1998/92	Blutabnahme/Alkohol	A04	Bemerkung des Ausschusses 2: "seit Nov 1998 Bezugnahme (nur) auf (neuen) Abs 4a (nicht mehr auf Abs 5 Z 2)"
23	vfb	BG v 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960)	1960/159	§ 99 Abs 1 lit c	1994/518	Strafbestimmung/Blutabnahme und nunmehr wohl auch Suchtgift	A04	
26	vfb	BG v 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960)	1960/159	§ 5 Abs 10	2002/128	Blutabnahme/Suchtgift	A04	
28	vfb	BG v 6. Juli 1961 über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche.	1961/182	§ 1 Abs 1		gesetzliche Anerkennung der drei Evangelischen Kirchen	A04	
39	vfb	BG v 23. Juni 1967 über das Kraftfahrwesen (Kraftfahrgesetz - KFG. 1967)	1967/267	§ 103 Abs 2 letzter Satz	1986/106	Lenkeraskunft	A04	

Lfd Z	Typ	Titel	StF	§/Art	Novellen	Regelungsinhalt	Konsens	Ausschuss 2: Anmerkungen aus den Sitzungen
80	vfb	BG v 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz - ARHG)	1979/529	§ 12		Auslieferungsverbot für österreichische Staatsbürger (Abs 1), Zurückstellung jedoch möglich (Abs 2)	A04	
81	vfb	BG v 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz - ARHG)	1979/529	§ 44		Durchlieferungsverbot für österreichische Staatsbürger	A04	
143	vfb	BG v 26. Juni 1986, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1985 geändert wird	1986/384	Art II		Lenkerauskunft/Parkgebühren	A04	
146	vfb	BG über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986 - ZDG)	1986/679 (Wv)	§ 2	1996/788	Zivildiensterklärung; Zivildienst (Befreiung von der Wehrpflicht)	A04	
148	vfb	BG über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986 - ZDG)	1986/679 (Wv)	§ 6 Abs 6	1996/788	Ruhen des Rechts, eine Zivildiensterklärung abzugeben	A04	
149	vfb	BG über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986 - ZDG)	1986/679 (Wv)	§ 12a	1988/598 1991/675	Befreiung nach Entwicklungshilfedienst und bei Doppelstaatsbürgerschaft	A04	
150	vfb	BG über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986 - ZDG)	1986/679 (Wv)	§ 12b Abs 1 und 3	1991/675 1998/29	Ersatz-Zivildienst im Ausland	A04	A04 : wie weit sind Detailregelungen im Verfassungsrang hinsichtlich des Zivildienstes notwendig?
256	vfb	BG über das Bankwesen (Bankwesengesetz - BWG)	1993/532	§ 38 Abs 5		Bankgeheimnis/besondere Quoren für Änderung	A04	
280	vfb	BG über besondere Bestimmungen betreffend das Minderheitenschulwesen im Burgenland (Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland)	1994/641	§ 1		Recht auf kroatische oder ungarische Unterrichtssprache, Pflichtgegenstand	A04	
298	vfb	BG über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten	1996/263	§ 5		Überstellung österreichischer Staatsbürger an Internationales Gericht	A04	materieller Konnex zu VfB lfd Z 80, 81 (ARHG)
363	vfb	BG über die Untersuchung von Unfällen und Störungen beim Betrieb ziviler Luftfahrzeuge (Flugunfall-Untersuchungs-Gesetz - FIUG)	1999/105	§ 8 Abs 2 Satz 2 und 3		Blutabnahme/Alkohol	A04	Es wird nicht deutlich, ob nur Satz 2 oder auch Satz 3 im VfB steht (vgl § 23 Abs2)

Lfd Z	Typ	Titel	StF	§/Art	Novellen	Regelungsinhalt	Konsens	Ausschuss 2: Anmerkungen aus den Sitzungen
368	vfb	BG über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz 2000 - DSG 2000)	1999/165	Art 1 § 1		Grundrecht auf Datenschutz	A04	
407	vfb	Wehrgesetz 2001 - WG 2001	2001/146 (3. Wv)	§ 18 Abs 2		Stellungspflicht/Blutabnahme	A04	
420	vfb	BG über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof	2002/135	§ 7		Überstellung österreichischer Staatsbürger an Internationalen Strafgerichtshof	A04	materieller Konnex zu Vfb lfd Z 80, 81 (ARHG)
453	vfb	BG über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Eu-JZG)	2004/36	§ 5 Abs. 1		Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls gegen österreichische Staatsbürger	A04	
454	vfb	BG über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Eu-JZG)	2004/36	§ 33 Abs. 1		Durchlieferung österreichischer Staatsbürger	A04	
455	vfb	BG über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Eu-JZG)	2004/36	§ 77 Abs. 2		Vollstreckungsablehnung eines Europäischen Haftbefehls gegen österreichische Staatsbürger bis zum 1.1.2009	A04	
320	vfb	BG über die Binnenschifffahrt (Schiffahrtsgesetz)	1997/62	§ 5 Abs 9		Schiffsführerauskunft	A04	A04 ist darauf hinzuweisen, dass durch § 5 Abs 9 Schiffahrtsgesetz 1997 die Vorgängerregelung des § 5 Abs 14 Schiffahrtsgesetz 1990 (VfB) ersetzt wurde
28	bvg	BVG v 4. März 1964, mit dem Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über Staatsverträge abgeändert und ergänzt werden	1964/59	Art II und III	1968/168 (DFB)	Art II - (rückwirkende) Hebung von (Bestimmungen in) StV in Verfassungsrang Art III - Vollzugsklausel (BReg)	F04 TRA PRÄS A04 F02	F04 bzgl Art II Z 1, 2, 4, 6, 8 bis 13 und Z 3 (soweit diese Art 12 und 15 Z 2 StV Wien zum Gegenstand hat); TRA bzgl Art II Z 3 (ohne Art 12 und 15 Z 2 StV Wien); PRÄS bzgl Art II Z 5; A04 bzgl Art II Z 7; F02 bzgl Art III